

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Verlagspreis monatlich drei Mark 20 Pfennig (halbjährlich 10 Mark 20 Pfennig), durch die Post bezogen monatlich 2 Mark 20 Pfennig (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-2 / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Kontokonto: Dresden Nr. 15690, Dresdener Verlagsgesellschaft / Geschäftsleitung: Dresden-2, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Druckerei: Arbeiterstimme Dresden / Erscheinungstermin der Redaktion: Donnerstags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

4. Jahrgang Dresden, Montag den 12. März 1928 Nummer 61

Deutsche Spione in der Sowjetunion

Aushebung eines konterrevolutionären Sabotagenetzes im Dneprbecken / Gegenrepressalien in Deutschland

Sechs deutsche Ingenieure verhaftet

Aus Moskau wird gemeldet: Der Staatsanwalt beim Obersten Gerichtshof der Sowjetunion veröffentlicht eine Mitteilung über die Aushebung eines gegenrevolutionären Sabotagenetzes im Bezirk Schachin (Dneprbecken), die sich mit der Desorganisation und Zerstörung der Eisenbahnindustrie dieses Bezirks befaßt habe.

In der Mitteilung heißt es, die Unternehmung habe festgestellt, daß die Zentrale der Organisation sich im Ausland befindet und aus ehemaligen Eigentümern und Aktionären der Maschinenfabriken des Dneprbeckens besteht. Als Agenten dieser Organisation in der Sowjetunion dienten, so heißt es in dem Bericht des Staatsanwalts weiter, eine Gruppe Ingenieure, Techniker und Steiger, sowie eine Reihe von Angehörigen, die systematisch Gehalt von ihren ehemaligen Direktoren und Sonderbeauftragten von Agenten des ausländischen Spionagenetzes bezogen.

Die Organisation befaßt sich jahrelang mit bewußter Sabotage und Unterdrückung der Kohlenwirtschaft durch unrationale Bauart, unnütze Ausgaben, sowie direkte Zerstörung von Gruben, Bergwerken und Fabrikbetrieben durch Brandstiftungen, Explosionen und Beschädigung der Maschinen. Es ist festgestellt, daß überall, wo die Organisation ihre Leute einsetzen konnte, der Produktionsbestand und die finanzielle Stärke des Unternehmens katastrophal zurückgingen. Die Teilnehmer an der Verhinderung lebten mit allen Mitteln, die Lage der Arbeiter zu verschlechtern; sie überprüften sie systematisch bei der Entlohnung und provozierten Streiks. Die Verbrecher wurden verhaftet, und die Angelegenheit wird dem Obersten Gerichtshof übergeben werden.

Industrie dieses Bezirkes planmäßig desorganisiert hatte. Ein Ingenieur, der zu den Leitern dieser Gruppe gehörte, habe in der Unternehmung erklärt, daß die Gruppe ihren politischen Ueberzeugungen nach ein Konglomerat von Anarchisten, Mitgliedern der Arbeiterpartei und anderer gegenrevolutionärer Parteien darstelle, und sich den Sturz der Sowjetmacht und die Wiederherstellung der kapitalistischen Ordnung zum Ziel setzte. In die Angelegenheit seien auch ausländische Staatsbürger verwickelt. Rykow erklärte weiter: Ich will nicht den Gedanken zulassen, daß deutsche oder englische Firmen als Firmen, die mit uns arbeiten, sich selbst mit solchen Dingen befaßten; es ist jedoch festgestellt, daß unter den Angestellten und Agenten einiger Auslandsfirmen sich direkte Teilnehmer an dieser gegenrevolutionären Verchwörung befinden. Einige dieser ausländischen Fachmänner sind verhaftet worden und werden dem Gericht übergeben werden. Zum Schluß betont Rykow, daß die weitestgehende Zahl der Fachleute sich gegenüber der Sowjetmacht loyal verhalten und gemeinsam am Aufbau der Wirtschaft mitwirkten. Jedoch sei gegenüber einzelnen gegenrevolutionär eingestellten Fachleuten verstärkte Vorkehrungen zu treffen.

Deutsche Repressalien

Eine Verhaftung in Deutschland wegen angeblicher Handels- und Spionage zugunsten der Sowjetunion

Der Montag-Morgen meldet aus Bernburg in Anhalt: Am gleichen Tage, an dem bekannt wurde, daß in Rußland deutsche Ingenieure wegen Spionage- und Sabotageakten verhaftet worden sind, wurde hier ein Arbeiter verhaftet, der beschuldigt wird, Handels- und Spionage zugunsten der Sowjetrepublik getrieben zu haben. Es handelt sich aber nicht etwa um eine Art Repressalie, sondern um einen Schritt, der schon seit längerer Zeit vorbereitet worden ist.

Bei den Deutschen Solvan-Werken AG, deren hiesiges Werk sich hauptsächlich mit der Soda- und Ammoniakchemie beschäftigt, ist seit 25 Jahren der Arbeiter Meyer im Laboratorium tätig. Er hatte zum 1. April gekündigt, um eine Stellung in Rußland anzunehmen. So entstand aber der Verdacht, daß er eine Reihe wichtiger Fabrikationsgeheimnisse ermittelt und an die Sowjetunion verkauft habe. Meyer wollte sich von diesem Verdacht durch Anrufung des Betriebsrates reinigen. Der Betriebsrat verweigerte aber, sich für Meyer einzusetzen, und es wurde verhaftet. Er erklärt, unschuldig zu sein.

Neuer Schiedsspruch in Berlin

Am Sonnabend nachmittag hat der sozialdemokratische Schlichter für Groß-Berlin, Wiesel, in dem Berliner Werkzeugmacheramt einen neuen Schiedsspruch gefällt. Der neue Schiedsspruch ist für die beabsichtigte Umwälzung schon deshalb notwendig, weil der Schiedsspruch des Gewerbetarifs Rörner nicht nur seinem Inhalt nach, sondern auch von der juristischen Seite gesehen ein Monstrum war. Der neue Schiedsspruch des sozialdemokratischen Schlichters deckt sich in seinem grundsätzlichen Teil fast auf ein Haar mit dem, was der Gewerbetarifs Rörner festgelegt hat. Der Schiedsspruch, den Wiesel dekretiert, ist aber so abgefaßt, daß keine Verbindlichkeitsklärung zu erwarten ist.

Der neue Schiedsspruch sieht einen Anforderungslohn von 1 Mark für 60 Minuten vor, an Stelle der von den Werkzeugmachern geforderten 1,50 Mark Mindestlohn in der Spitze und Befestigung der Werkstücke. Im übrigen enthält auch dieser Schiedsspruch die Klausel, nach der die Stundenlöhne und Anforderungslohn der Werkzeugmacher in den einzelnen Betrieben einer Nachprüfung unterworfen werden. Der Schiedsspruch steht weiter vor, daß der Streit nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses im Sinne des Tarifwesens gilt. Nachregelungen

lassen nicht stattfinden. Die Parteien haben sich bis Montag den 12. März, vormittags 10 Uhr, zu erklären.

Der feste Satz von 1 Mark für eine Stunde als Grundlage der Lohnberechnung ist ein Schritt auf die Forderungen der Werkzeugmacher, und ist im Schiedsspruch nur deshalb angenommen, um die juristische Handhabe für eine Verbindlichkeitsklärung zu liefern. Die erweiterte Streckleitung des DMB hat noch am Sonnabend abend zu dem neuen Schiedsspruch Stellung genommen und keine Ablehnung beschlossen. Die Ablehnung soll auch der heute mittag zusammentretenden Versammlung der Werkzeugmacher empfohlen werden. Es ist gar kein Zweifel, daß die Werkzeugmacher auch diesen neuen Schiedsspruch einmütig ablehnen werden. Aber die Gefahr ist diesmal noch bei weitem größer als nach dem ersten Schiedsspruch. Die Unternehmer haben den Schiedsspruch ebenfalls bereits abgelehnt. Das aber ist nur ein berechnetes Manöver, in Wirklichkeit rechnet man im Unternehmerlager bestimmt mit dem Eingreifen des Reichswirtschaftsministers und der Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches. Für die Werkzeugmacher ist jetzt die Vorbereitung und Organisation des Kampfes trotz und gegen Verbindlichkeitsklärung das unmittelbare Gebot der Stunde.

In einem Vortragsartikel betont „Framda“, daß die Teilnehmer an dem Kampf jahrelang die Sowjetwirtschaftler, Gewerkschaftler und andere Kreise systematisch zu betrügen verstanden. Das Blatt fordert zur Wachsamkeit gegenüber antilowjewistisch eingestellten Fachleuten auf und weist auf die Notwendigkeit hin, so schnell als möglich aus der Mitte der Werkstätten einen Gesandten für diese kampfgefährlichen Kräfte zu schaffen.

Das Blatt erinnert weiter daran, daß im letzten Jahre in den großen Industriezentren Brandstiftungen stattfanden, sprich die Vermutung aus, daß Fälle gegenrevolutionärer Tätigkeit auch auf anderen Gebieten der Sowjetindustrie vorlägen, und erklärt zum Schluß, die erfolgreiche Entwicklung der Sowjetwirtschaft trotz solcher Tatsachen sei ein Beweis der inneren Festigkeit der Sowjetmacht, der gelunden Grundlage der Industrie und der Stärke der Arbeiterklasse, die alle gegenrevolutionären Mächte sowjetfeindlicher Agenten vereite.

Deutsche Ingenieure verhaftet

Im Dneprgebiet wurden sechs deutsche Ingenieure wahrscheinlich im Zusammenhang mit der Sabotage-Angelegenheit in den Kohlegruben, darunter drei von der KGB, verhaftet.

Die Tatsache der Verhaftung von 6 deutschen Ingenieuren nehmen das Berliner Tagesblatt und das Wolff-Panorama zum Anlaß, um ohne Kenntnis der Tatsachen die Sowjetbehörden in Schutz zu nehmen und die Maßnahmen der Sowjetregierung zu verurteilen. WTB meldet, daß der deutsche Botschafter in Moskau, Brodowski-Rankau, Schritte bei der Sowjetregierung unternommen habe.

Der Montag-Morgen berichtet heute, die Direktion der KGB habe, nachdem ihr telegraphisch mitgeteilt worden sei, daß ihre drei technischen Angestellten verhaftet sind, den Leiter ihrer Abteilung, Kleinmann, nach Moskau entsandt. Die Namen der Verhafteten sind:

Oberingenieur Goldstein, Ingenieur Otto, Monteur Meyer. Diese drei Techniker sind, nach Mitteilung des WTB, vor etwa drei Monaten nach dem Dneprgebiet geschickt worden, um dort den Einbau einer großen Turbinenanlage in ein neues Elektrizitätswerk zu leiten. Die anderen drei Verhafteten sind Angestellte der Firma Kappers. Selbstverständlich erklärt Angehörige der bürgerliche Presse, die Verhafteten seien unschuldig, es handle sich nur um überrillige Maßnahmen untergeordneter sowjetrussischer Stellen. Dann aber wird versucht, die Verhaftungen als eine planmäßige und vorbereitete Tendenzmaßnahme der Sowjetunion hinzustellen.

Eine Erklärung Rykows

Moskau, 11. März.
In der Vollversammlung der Moskauer Sowjets gab Volkskommissar Rykow Erklärungen über die Vorgänge im Dneprgebiet ab. Er tadelte die mangelnde Wachsamkeit der Wirtschaftsorgane, unter deren Augen eine Gruppe von ausländischen gegenrevolutionären Fachmännern die Kohlen-

Metallarbeiterkampf in Sachsen

Zur bevorstehenden Lohn- und Arbeitszeitbewegung am 1. April

Am 1. April steht in der sächsischen Metallindustrie die Frage des Abschlusses eines neuen Lohn- und Manteltarifvertrages auf der Tagesordnung. Das Lohnabkommen und der Manteltarifvertrag, abgeschlossen zwischen dem DMB und den Bezirksverbänden der Metallindustriellen in den Reichshauptmannschaften Dresden, Bautzen, Chemnitz und Zwickau, ist gekündigt und läuft am 31. März 1928 ab. Der Tarifvertrag mit dem Arbeitgeberverband hat noch Gültigkeit bis zum 31. Juni und muß 3 Monate vor Ablauf vom Metallarbeiterverband gekündigt werden.

Am Ende März ablaufenden Tarifvertrag ist der weitaus größte Teil der Metallarbeiter Sachsen beteiligt. Dem Verband sächsischer Metallindustrieller sind die größten und ausfallgehefteten Betriebe angeschlossen. Es ist ganz klar, daß die Gestaltung der Lohn- und Manteltarifverträge mit dem Arbeitgeberverband und mit den Industriellen im Leipziger Bezirk entscheidend beeinflusst wird von dem Ausgang des Kampfes, den die Metallarbeiter am 1. April mit der führenden Gruppe der sächsischen Scharmacher auszufechten haben werden. Doch nicht nur für die Metallarbeiter, auch für die Arbeiter der übrigen Industriezweige ist die zukünftige Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Metallindustrie von größter Bedeutung.

Die Lohnhöhe und die Regelung der Arbeitszeit in der Metallindustrie sind richtunggebend für die Tarifbewegungen der übrigen Industriezweige. Das ist es, was der bevorstehenden Lohn- und Arbeitszeitbewegung in der sächsischen Metallindustrie die größte Bedeutung zukommen läßt. Auf den Metallarbeitern aber ruht eine große Verantwortung — sie stehen vor einer schwierigen Aufgabe, die eine geschlossene kampfbereite Metallarbeiterfront erfordert.

Im Lager der Metallindustriellen läßt man sich der Bedeutung der Tarifbewegung am 1. April vollkommen be-

wußt. Die Herren von der Ammonstraße haben sich schon immer als die Verleugner der Unternehmerinteressen gefühlt und betätigt. Sie sind sich dabei der vollsten Solidarität sämtlicher Unternehmerorganisationen sicher.

Die gegenwärtige Situation ist für die Metallarbeiter außerordentlich günstig. Die Betriebe sind voll beschäftigt und für die nächste Zeit mit einem guten Auftragsbestand eingedeckt. Das trifft vor allem auf die Maschinen- und Werkzeugmaschinenbetriebe zu. Die sozialdemokratische Presse bestätigt diese Tatsache erst vor kurzem bei der Betrachtung über den Verlauf der Leipziger Messe mit folgenden Worten: „Die Produktionsmittelindustrien dürften auch in Leipzig das weitest ausgedehnte Geschäft gemacht haben. Sie können große Auftrags-eingänge buchen...“ Ueber den Beschäftigungsgrad der elektrotechnischen Industrie wird in dem gleichen Aufsatz der Dresdener Volkszeitung gesagt: „Besondere Beachtung verdienen auch die Weherfolge der elektrotechnischen Industrien, und zwar im Zusammenhang mit den augenblicklich drohenden Arbeitskämpfen. Der Beschäftigungsgrad dieser Industrie, der sich in letzter Zeit in heftigen Kurven nach oben entwickelt hat, ist durch die in Leipzig herein-gelommenen Aufträge für längere Zeit gesichert. Die Elektroindustrie kann nach den glänzenden Abschlüssen 1926 und 1927 ein drittes erfolgreiches Geschäftsjahr erwarten...“ Die Berichte über den Geschäftsgang der einzelnen Unternehmungen betätigen die allgemein gute Konjunktur in der gesamten Metallindustrie.

Die Gewinne aus dem vergangenen Jahre sind gerade auch in der Metallindustrie ganz außerordentlich hoch. Die Rationalisierung hat sich gelohnt. Die Aktionäre können zufrieden sein. Die KGB schüttete beispielsweise folgende Zahlen aus: 1924/25 = 57 000 RM, 1925/26 = 135 000 RM und 1926/27 gar 206 000 RM. Eine gleich-



LANDESBEZIRK SACHSEN

DRESDEN GÜTERBAHNHOFSTR. 24 TEL. 11653 POSTSCHECK DRESDEN 29520 A. SCHRAPEL

Ausbau der Kampffront ist Vorbereitung zum Sieg Solidarität der IAH. mit den Streikenden

Planmäßig organisieren die Unternehmer Angriffe auf den Lebensstandard der Arbeiter. Gewissenlos werden von den Kapitalisten die Mittel, Hunger und Not, ausgenutzt, um die Arbeiterschaft gefügig zu machen. Durch gewaltsam niedergehaltene Löhne und verschärfte Ausbeutung wollen die Unternehmer sich auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig erhalten.

Die Unternehmer führen alle die Angriffskämpfe bewußt und mit den rücksichtslosesten Mitteln durch, ihnen steht in ihrem Vorgehen auch der gesamte Staat mit allen Machtmitteln zur Seite. Es werden Schiedssprüche gefällt, die in Bezug auf Arbeitslosigkeit unersetzlich sind und den Reallohn herabdrücken. Es werden Strafbestimmungen geschaffen, die Streiks bei Zuchthausstrafe verbieten. Bricht wirklich infolge der verschärften Ausbeutung und der ungeheuren Empörung der Arbeiter ein Streik aus, so werden auf Grund des Erwerbslosen-Versicherungsgesetzes Arbeitsvermittlungen für die Berufsgruppen vorgenommen, vom Staat wird also die Not der Arbeiter ausgenutzt zur Organisation von Streikbrechergarden. Verweigern Arbeiter die Annahme solcher Arbeit, so wird die ihnen zustehende Erwerbslosenunterstützung gesperrt mit der Begründung, sie seien arbeitslos. Keine Fürsorgebehörde zahlt trotz ungeheurer Not an solche Arbeiter Fürsorgeunterstützung. Auch üben die Unternehmer durch die vorgesetzten Behörden auf die Städte und Gemeinden einen ungeheuren Druck aus, damit Streikenden und Ausgesperrten überhaupt keine Fürsorgeunterstützung gezahlt werden soll. Durch Arbeitsgerichte werden Verfügungen erlassen und Urteile gefällt, wonach den zustehenden gewerkschaftlichen Organisationen die Auszahlung von Streik- und Gemäßregelunterstützung verboten wird. Die Unternehmer wollen sogar soweit gehen (dies hat ein Arbeitgeber von Dresden unvorsichtigerweise ausgesprochen), ein Urteil bei den zuständigen Stellen herbeizuführen, welches der Arbeiterhilfe die Verteilung von Lebensmitteln an die Kämpfenden untersagt.

Auf Befehl der Metallarbeiterbürokraten gaben fanatische SPD-Anhänger eine Erklärung ab, wodurch sie den Nachweis erbringen wollten, daß die IAH, die einheitliche Kampffront zerbricht und antigewerkschaftliche Strömungen aufzuweisen habe. Sie lehnten angeblich im Namen der Streikenden von Gröditz das Eingreifen der IAH ab. Als der Redner weitere Äußerungen machte gegen die IAH, drohte die Veranstaltung infolge der dadurch entstehenden Tumultszenen gespart zu werden. Der Genosse Schumann gab sofort eine Erklärung ab und forderte sämtliche Arbeiter auf, trotz der falschen Führung während des Kampfes im Metallarbeiterverband zu bleiben. Die Unorganisierten forderte er auf, der gewerkschaftlichen Organisation sofort beizutreten. Aufgabe der Gewerkschaften sei es, die Kämpfe zu führen, die IAH. greife nur helfend ein, um die Kampfkräfte der Arbeiter zu stärken und das Solidaritätsbewußtsein zu heben.

Diese Erklärung für die gewerkschaftliche Organisation in aller Öffentlichkeit, war den Gegnern der IAH. nicht gerade angenehm. Es entwickelte sich dann nach Schluß der Veranstaltung eine sehr starke persönliche Diskussion, die unterstützt wurde von Mitgliedern der IAH. Ein Teil der Arbeiter erklärte, der gewerkschaftlichen Organisation beizutreten.

Die Lebensmittelverteilung vollzog sich reibungslos. Alle von der gewerkschaftlichen Streikkommission in Verbindung mit der Ortsgruppe der IAH. Riesa benannten Arbeiter erhielten ein Paket im Werte von drei Mark, bestehend aus Brot, Speck, Mehl, Zucker, Hülsenfrüchten und Butter.

Über 1200 Hüttenarbeiter hat die Internationale Arbeiterhilfe, Landesausschuß Sachsen, mit Lebensmittelpaketen im Werte von je 3 Mark bedacht. Unter diesen Personen befanden sich 355, welche dem Deutschen Metallarbeiterverband angehören und zum größten Teil mehr als drei Kinder besitzen. Der Wert der internationalen Arbeiterhilfe der proletarischen Solidaritätsorganisation ist damit aus neue für die Arbeiterklasse erwiesen. Je länger der Kampf anhält, um so mehr wird die Hilfsaktion gesteigert. Die Sammlungen zur Steigerung sind eingeleitet. Als erster lieferte der Rote Frontkämpferbund, Ortsgruppe Dresden der IAH. 226,30

Mark ab, die er unter seinen eigenen Mitgliedern in Dresden gesammelt hat.

Die Belegschaft Peavay, Dresden, beschloß, so lange der Kampf andauert, daß alle Arbeiter mit einem Verdienst über 50 Mark pro Woche 2 Mark, mit einem Verdienst unter 50 Mark eine Mark pro Woche abzuführen haben. Dem ist die Gesamtheitschaft schon zweimal nachgekommen. Druckerei und Verlag der „Unabhängigen Produktiv-Genossenschaft“ Leipzig überweist der IAH. einen Betrag von 300 Mark, die Ortsgruppe der IAH. Oelsnitz i. V. 150 Mark, die Ortsgruppe der IAH. Chemnitz als erste Rate 450 Mark. Die Belegschaft Gaswerk Reich als erste Rate 42,15 Mark.

Diese Teilergebnisse beweisen, welches Bewußtsein unter den Arbeiter vorhanden ist. Die Solidarität muß, wenn der Kampf sich weiter hinziehen sollte, noch gesteigert werden. An der Tätigkeit der IAH. sollen bisher der Organisation noch nicht angeschlossene Werkstätten die Notwendigkeit der IAH. erkennen und nicht nur gelegentlich durch Sammlungen, sondern durch Beitritt zur Organisation die Arbeiterhilfe unterstützen, damit sie in kommenden Anschaffungen noch Größeres im Interesse der gesamten Arbeiterschaft leisten kann.

Kopf der IAH.-Sammelliste für den Freistaat Sachsen



Spendet für die Kinderhilfe der IAH!

Name	Betrag	Name	Betrag

Wortlaut der amtlichen Sammelgenehmigung

WL 59 III b/J. Dresden, den 5. 1. 28.

Das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium genehmigt, unter Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs, daß

- Die Internationale Arbeiterhilfe zugunsten ihrer Kinderhilfstätigkeit in der Zeit vom 2. bis 11. März 1928 eine Geldsammlung (Haussammlung) unter Verwendung von Sammellisten im Gebiete des Freistaates Sachsen veranstaltet.
- Gleichzeitig wird der Internationalen Arbeiterhilfe nachgelassen, anlässlich der von ihr im Jahre 1928 im Gebiete des Freistaates Sachsen beabsichtigten künstlerischen Veranstaltungen in geschlossenen Räumen zugunsten ihrer Kinderhilfstätigkeit Geldsammlungen zu veranstalten.

Ueber das Ergebnis und die Verwendung des 1. aufgenommenen Sammelertrages sieht das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium einen Bericht der Internationalen Arbeiterhilfe bis zum 15. Mai 1928, über das Ergebnis der Sammlung 2. einem solchen bis zum 15. Februar 1929 entgegen. Auch ist auf Erfordern die Abrechnung über die veranstalteten Sammlungen dem unterzeichneten Ministerium jederzeit vorzulegen.

An die: Internationale Arbeiterhilfe Landesausschuß Sachsen Dresden-A. Arbeits- und Wohlfahrtsministerium Für den Ministerr L. A.: Dr. Maier.

Was hat die IAH. in Sachsen 1927 geleistet?

1. Solidaritätsaktion in Riesa

Schon lange vor Beginn der Veranstaltung war der große Saal des Gasthofs Gröba überfüllt. Die zur Verteilung kommenden Lebensmittel, die der Konsumverein Riesa in entgegenkommender Weise der IAH. mit 20 Prozent Preisermäßigung zur Verfügung gestellt hatte, waren vor der Bühne auf großen Tischen aufgestapelt. Die Frontkämpferkapelle hatte sich zur Ausgestaltung der Veranstaltung mit zur Verfügung gestellt. Als erster sprach der Vertreter der Kommunistischen Partei, der Landtagsabgeordnete Bleyer, Riesa, über die Bedeutung des Kampfes und forderte die Arbeiter auf, auszuharren bis zum siegreichen Ende.

Als Vertreter der IAH. sprach der Genosse Schumann, Dresden. Er schilderte kurz die Entwicklung der IAH. und deren Leistungen und gab das Versprechen ab, weitere Hilfsmaßnahmen mit der gewerkschaftlichen Streikkommission gemeinsam für die Hüttenarbeiter zu beschließen und gesteigert durchzuführen.

Nach dem Bericht „Fünf Jahre IAH.“ herausgegeben vom Zentralkomitee der IAH. hat die Internationale Arbeiterhilfe in den ersten fünf Jahren ihres Bestehens über 42 Millionen Mark für ihre Unterstützungsaktionen aufgebracht und ausgegeben. Doch auch im sechsten Jahre ihres Bestehens ist Großes geleistet worden.

Anlässlich der erweiterten Landesvorstandssitzung der Internationalen Arbeiterhilfe, Freistaat Sachsen, gab der Gen. Schumann zahlenmäßig die Leistung der IAH. im Freistaat Sachsen bekannt. Es wurden ausgegeben:

- Bei den Weihnachtsveranstaltungen 1926 an Lebensmittel, Kleidungsgegenständen und Spielwaren 25 371,75 M.
- Für das Landeskindenheim und Hilfsaktion für die Hochwassergeschädigten im ostsächsischen Erzgebirge 39 985,50
- Außerdem sind durch die IAH. 483 Kinder der Hochwasser-

geschädigten in Privatpflege untergebracht worden. Für zirka 10 000 M. sind Bekleidungs- und Bedarfsgegenstände, sowie Möbel für die Hochwassergeschädigten gesammelt, desinfiziert, vorgeichtet und verteilt worden. Ferner wurden aufgebracht und ausgegeben:

Für das Tageskinderheim in Freital	14 000,00
Für das Tageskinderheim Chemnitz 1927	4 500,00
Für die verschiedenen Streikbewegungen in Sachsen (Feldarbeiter in Oelsnitz, Textilarbeiter Limbach, Zimmerer Chemnitz, Tabakarbeiter usw.) 1927	25 000,00
Für Weihnachtsaktionen 1927 an Bekleidungsgegenständen, Spielwaren und Lebensmittel	25 056,55

Nicht erwähnt sind hier in diesem Bericht alle die Summen,

welche örtlich für Kindernachmittage und Kinderwanderungen innerhalb Sachsens ausgegeben worden sind.

Diese wenigen Zahlen beweisen die intensive Tätigkeit der IAH. in Sachsen, und man darf bei der Beurteilung der IAH. nicht auf einseitige Polizei- und Spitzelberichte oder böswillige Verleumdungen unserer Gegner hören, sondern es ist nicht mehr als gerecht, daß man auch hört auf unser Programm und unsere Tätigkeit.

In der Zeit vom 2. bis 11. März führt die IAH. im Landesbereich Sachsen eine vom Arbeits- und Wohlfahrtsministerium genehmigte Haussammlung durch und wir ersuchen alle Freunde, sich daran zu beteiligen. Sammelmaterial ist bei den Vorsitzenden der einzelnen Ortsgruppen zu erhalten.

Genossen! Nutzt die wenigen Tage, sammelt Geld, damit die IAH. im Landesbereich Sachsen ihre Tätigkeit genau so erfolgreich fortsetzen kann, wie im Jahre 1927.

